

Positionspapier der AG „Sozialer Raum“ der OGSA

Soziale Arbeit und öffentlicher Raum in der Stadt

Einleitung

Der öffentliche Raum war in der Vergangenheit und ist in der Gegenwart Ort und Spiegel des sozialen Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung. Vielfältige Bedürfnisse und Interessen gestalten die Plätze, Frei- und Zwischenräume oder Verkehrsflächen in der Stadt, die wiederum die Nutzungen und das Verhalten von Arbeitenden, Bewohner_innen oder Besucher_innen prägen. Urbane öffentliche Orte werden historisch meist idealtypisch in ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Bedeutung charakterisiert. Gegenwärtige Leitbilder betonen häufig Ideen einer lebendigen, sicheren, nachhaltigen oder gesunden Stadtentwicklung, die besondere Qualitäten in Bezug auf Mobilität, Verweilen und Begegnung anstreben.

Angesichts globaler und gesellschaftlicher Transformationsprozesse von städtischer Verdichtung, peripherer Schrumpfung, sowie Kommerzialisierungs- und Privatisierungstendenzen wird der öffentliche Raum gegenwärtig zu einem besonders umkämpften Gut, das in seiner Funktionalität und Zugänglichkeit für möglichst alle Menschen zunehmend gefährdet scheint. Öffentliche Räume werden in ihren Funktionen und symbolischen Repräsentationen nach ökonomischen, staatlichen oder sicherheitspolitischen Interessen umdefiniert, was oftmals zur Verdrängung von Bedürfnissen nach Verweilen, Begegnung, Selbstdarstellung, Aneignung oder alltagsorientiertem Gebrauch führt. Davon sind insbesondere jene Menschen betroffen, die in hohem Maße auf öffentlichen Raum angewiesen sind, sei es weil ihnen private oder kommerzialisierte Räume aufgrund ihrer prekären Situation nicht zur Verfügung stehen oder sie als unerwünscht und störend gelten. Beispielsweise werden vielerorts Kinder und Jugendliche aufgrund ihres Alters problematisiert, obgleich Prozesse der Raumaneignung für sie eine bedeutende Entwicklungschance darstellen.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Sozialer Raum“ der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (OGSA), in dem Kolleg_innen aus diversen Praxiseinrichtungen wie auch Studierende, Lehrende und Forschende der Sozialen Arbeit an Österreichischen Fachhochschulen vertreten sind, haben sich 2015 und 2016 intensiv mit Herausforderungen und Spannungsfeldern in öffentlichen Räumen auseinandergesetzt. Als Ergebnis der Diskussionen wird mit diesem Positionspapier „Soziale Arbeit und öffentlicher Raum in der Stadt“ zunächst die Bedeutung einer disziplinären und professionellen Perspektive Sozialer Arbeit festgehalten (Abschnitt I). Dann werden urbane, öffentliche Räume mit Blick auf soziale Ungleichheiten in gegenwärtige, politökonomische Entwicklungstendenzen eingebettet (Abschnitt II). Daran anschließend werden anhand der Themen Aufwertung/Wohnen, Privatisierung/Kommerzialisierung, Sicherheit/Ordnungspolitik und Demokratie/Minderheitenschutz Kritik und alternative Forderungen aus Sicht der Sozialen Arbeit formuliert (Abschnitt III). Die Mitglieder des Arbeitskreises eint eine räumlich-reflexive Haltung, die auf soziale Ausschlussmechanismen hinweist und versucht diesen zu begegnen sowie die danach strebt, fachliche Kritik und Potentiale in der interdisziplinären Auseinandersetzung zu benennen.

ABSCHNITT I: Begriffsbestimmungen

Soziale Arbeit als Disziplin und Profession

Soziale Arbeit beschäftigt sich mit sozialen Konflikten und Problemen, mit Bewältigungsstrategien von Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation sowie mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Leistungen, die Hilfen bereitstellen und Bildungsprozesse begleiten. Als Profession und sozialstaatliche Instanz hat sie die Aufgabe, Bedürfnisse und Interessen von Menschen und Gruppen reflexiv zu erschließen, Unterstützungen anzubieten, psychosoziale Stabilisierung und soziale Inklusion zu fördern, sowie soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Soziale Arbeit als Disziplin betrachtet soziale Phänomene analytisch, um Ursachen und Bedingungen von sozialer Ausschließung erfassen und deuten zu können, sowie ihre Interventionen fachlich begründen zu können.

Soziale Arbeit ist in Bezug auf den öffentlichen Raum in unterschiedlichen Handlungsfeldern tätig, u.a. in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der aufsuchenden Sozialen Arbeit (z.B. mit wohnungslosen, suchtmittelabhängigen, bettelnden oder in der Sexarbeit tätigen Personen), sowie in der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit. Der lebensweltliche und personenbezogene Zugang an öffentlichen Orten ist für Soziale Arbeit von zentraler Bedeutung, auch weil dort der Kontakt zu Adressat_innen aufgenommen wird und Beziehungen aufgebaut werden. Mit ihren niederschweligen Angeboten bieten Träger und Organisationen Sozialer Arbeit vor Ort Unterstützung an, vermitteln sozialstaatliche Hilfen, fördern die Aneignung und Nutzung von öffentlichen Räumen, bearbeiten Konfliktsituationen, begleiten und organisieren Partizipations- und Aushandlungsprozesse und vertreten Interessen dort, wo Betroffene nicht selbst zu Wort kommen. Dabei werden vielfältige Methoden angewendet, um das Soziale räumlich zu erfassen, um Beziehungen mit schwer erreichbaren Gruppen zu etablieren, Aushandlungs- und Konfliktregelungsprozesse zu begleiten oder strukturelle Benachteiligung mittels Lobbying- und Öffentlichkeitsarbeit zu verändern.

Aus einer disziplinären und professionellen Perspektive Sozialer Arbeit ist der öffentliche Raum ein sozialer Raum, in dem sich Wechselwirkungen von gesellschaftlichen Verhältnissen, sozialen Positionen und vielfältigen Lebenspraktiken von Menschen abbilden und sichtbar werden. Aus einer interdisziplinären, analytischen Perspektive ermöglichen Sozialraumanalysen mit ihren angewandten Erhebungs- und Auswertungsmethoden eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen konkreten sozialen Phänomenen und Interessenslagen, sowie sozialen Ungleichheiten, die viele auftretende Problemlagen und Konfliktsituationen in öffentlichen Räumen mitstrukturieren. Über das Verstehen raumbezogener Bedürfnisse und Nutzungsinteressen sind sie daher eine sozialplanerische Grundlage für Gestaltung öffentlicher Orte und die Entwicklung von Angeboten der Sozialen Arbeit. Eine professionelle, sozialräumliche Haltung Sozialer Arbeit nimmt im öffentlichen Raum eine reflexive Perspektive ein, was bedeutet, die komplexen Aneignungsweisen, Bedarfslagen und Hintergründe in den jeweils anzutreffenden Situationen mitzudenken, sowie die eigenen Interventionen fachlich begründen und anwenden zu können. Soziale Arbeit ist als Akteurin selber beteiligt sozialräumliche Ordnungen zu bearbeiten und zu produzieren.

Öffentliche Räume als Aneignungsfelder

Als Gegenstück zum privaten Wohnraum hat der öffentliche Raum historisch die Funktion, dass Menschen mit ihren Anliegen „öffentlich“ werden und öffentlich in Beziehung treten können. Trotz der Transformationsprozesse von „dem Öffentlichen“ und „dem Privaten“, insbesondere durch die Entwicklung virtueller Räume, bleibt die sozialpolitisch ausgleichende Funktion des öffentlichen Raums erhalten und gewinnt angesichts von Verdichtungsprozessen und knapper werdenden Wohnraum sogar an Bedeutung. Mit einem sozialwissenschaftlichen Blick auf den öffentlichen Raum und die dort stattfindenden Lebensweisen, ist das zu Erfahrene und Sichtbare zunächst Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheiten und Machtverhältnisse. Historische und gegenwärtige Entwicklungen spiegeln sich beispielsweise in Besitzverhältnissen, unterschiedlichen räumlichen Funktionen, baulichen Ausgestaltungen oder Regulierungen und eben auch in den vielfältigen menschlichen Bedürfnissen und Nutzungen, die dort repräsentiert werden, wider. Öffentliche Räume, im Sinne geographisch vermessbarer Flächen, sind historisch eng mit staatlichem Besitz, offener Gestaltung, freiem und öffentlichem Zugang, sowie vielfältigen Verhaltens- und Nutzungsweisen verbunden. Sogenannte „halböffentliche Räume“, wie Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel oder Freiflächen im sozialen Wohnbau, sind in ihrem öffentlichen Charakter aufgrund von Besitzverhältnissen, Zugang und Regulierungen eingeschränkt - also „mehr oder weniger“ öffentlich nutzbar, wenngleich sie für bestimmte Nutzer_innengruppen ähnliche Funktionen gewährleisten.

Öffentliche Räume unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Zentrale repräsentative Plätze, Einkaufsstraßen, Straßen und Gehsteige, Parks und Grünflächen oder wohnortnahe Treffpunkte sind von unterschiedlichen Funktionen und heterogenen Nutzungsmustern geprägt und sollen einen möglichst offenen Zugang aller Menschen gewähren. Zudem werden öffentliche Räume insbesondere durch die soziale Aneignung von Menschen strukturiert, die Identifikation oder Kollektivierung ermöglichen, aber auch mit Distinktion und Abgrenzung verbunden sein können. Da öffentliche Räume kontinuierlich von Personen oder Gruppen angeeignet werden, gehen damit zugleich Abgrenzungsverhalten, Nutzungskonflikte und Ausschließungssituationen für Andere einher. Das bedeutet, dass auftretende soziale Konflikte nicht grundsätzlich zu verhindern sind, sondern zunächst als Aufeinandertreffen unterschiedlicher Aneignungsweisen anerkannt werden müssen. Das Ermöglichen und Begleiten von Aushandlungsprozessen stellt daher die prioritäre Lösungsstrategie bei konflikthaften Situationen dar.

Öffentliche Räume werden durch soziale Kontrolle oder durch diverse staatliche oder private Regulierungen, wie juristische Normen, bauliche Strukturen, technische Instrumente oder personenbezogene Interventionen, strukturiert. Das bedeutet, dass sich die jeweiligen Normensysteme der verschiedenen öffentlichen Orte durchaus unterscheiden. Dieses „urbane Mosaik“ öffentlicher Räume steht in raumrelationalen Wechselwirkungen zueinander: Prozesse sozialer Ausschließung an einem Ort bewirken z.B. nur die Verdrängung von Phänomenen in andere Räume und nicht deren Auflösung.

Aufgrund von verbreiteten Vorstellungen, öffentliche Räume kleinteilig, detailliert und funktional auszugestalten, betont Soziale Arbeit die alltagsorientierten und sich permanent wandelnden Nutzungsinteressen, die es längerfristig zu ermöglichen gilt. Dazu benötigt es eine Vielzahl an öffentlichen Räumen, die eine bedarfsgerechte Aneignung anregen, die Rückzug ermöglichen oder gesellschaftliche Teilhabe fördern. Über sozialräumliche Ansätze, Partizipationsprozesse oder eine aufsuchende Praxis gelingt es, wenig vertretene und auch bereits verdrängte Interessen von Nutzer_innen sichtbar zu machen, womit eine alltagsnahe Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen unterstützt wird.

ABSCHNITT II – URBANE TRANSFORMATIONEN

Soziale Ungleichheit und Diversität in öffentlichen Räumen

An öffentlichen Orten werden unterschiedliche soziale Positionen, Lebenssituationen und Handlungsmöglichkeiten von Personen sichtbar. Die Bedingungen unter denen Menschen ihr Leben gestalten sind nicht einfach vielfältig, sondern sie sind häufig mit bestimmten Vor- oder Nachteilen verbunden, das eigene Leben bewältigen zu können – sie sind durch soziale Ungleichheiten geprägt. In öffentlichen Räumen treffen also Menschen aufeinander, die z.B. aufgrund von Besitz, Einkommen, Geschlecht, sexueller Orientierung, bürgerlichen Rechten, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Alter oder Gesundheit ungleiche Ausgangssituationen vorfinden. Ihre individuellen Ressourcen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben sind ungleich verteilt und ihre soziale Beziehungen zueinander sind durch asymmetrische Machtbeziehungen strukturiert.

Erkennbar werden diese Unterschiede der jeweiligen Lebenssituationen häufig nur in Nuancen, wenn beispielsweise Milieuzugehörigkeit über Geschmäcker und Vorlieben, über Körper und Outfit oder Nutzungsverhalten repräsentiert oder symbolisiert werden. Differenzen in öffentlichen Räumen fallen dann besonders ins Gewicht und werden als störend empfunden, wenn Personen oder Gruppen den Normalitätserwartungen an einem Ort nicht entsprechen bzw. entsprechen können, z.B. wenn ihr Auftreten, ihre Gewohnheiten oder Fähigkeiten vom „Üblichen“ abweichen. Wird ihr Anderssein an öffentlichen Plätzen und Wegen problematisiert, sind diese Gruppen häufig mit Kontroll- oder Normierungsmaßnahmen konfrontiert, was ihren Zugang oder Aufenthalt beeinträchtigt. Sozial ungleiche Lebenssituationen werden also in öffentlichen Räumen häufig bestätigt und verstärkt: aus Perspektive der Betroffenen wird ihnen soziale Anerkennung abgesprochen und ihre Identitätsbildung negativ beeinträchtigt.

Soziale Arbeit versteht öffentliche Räume grundsätzlich als ungleich vermachtet und umkämpft. Konflikte im und um öffentlichen Raum sind daher als Ausdrucksformen von kollidierenden Aneignungsprozessen, sozialen Ungleichheiten, asymmetrischen Machtbeziehungen und gesellschaftlichen Widersprüchen zu verstehen. Soziale Phänomene oder auftretende Konfliktsituationen sind mit Blick auf die zugrundeliegenden Ursachen sowie Differenzlinien, insbesondere aus einer intersektionalen und geschlechterkritischen Perspektive zu analysieren. Soziale Arbeit richtet sich gegen die Homogenisierung oder Kulturalisierung von Konflikten und versucht die Grenzziehungen zwischen Normalität und Abweichung, sowie Ein- und Ausschließungen im öffentlichen Raum zu bearbeiten, um gesellschaftliche Gleichheit und Teilhabe zu fördern. Soziale Arbeit setzt sich dafür ein, dass Respekt und Akzeptanz für unterschiedliche Interessensgruppen im öffentlichen Raum gefördert wird. Sie nimmt Konflikte an und fördert Aushandlungsprozesse, nutzt sie aber auch um auf gesellschaftliche Herausforderungen und benachteiligte Interessen aufmerksam zu machen. Sie agiert daher sowohl in den sozialen Beziehungen vor Ort als auch auf unterschiedlichen politischen und sozialstaatlichen Ebenen.

Der ökonomische und politische Kontext städtischer bzw. regionaler Transformation

Die gegenwärtigen Entwicklungen in öffentlichen Räumen müssen im Kontext globaler und ökonomischer Transformationen betrachtet werden, die mit verstärkten sozialen Ungleichheitslagen (Spaltung von Arbeitsmärkten, fragmentierte Beschäftigungsbedingungen, sinkende Lohnniveaus in mittleren und unteren Einkommenssegmenten, Reduktion sozialer Sicherungspolitiken), sozialen Polarisierungen sowie räumlich ungleichen Entwicklungstendenzen verbunden sind. Während Großstädte in der Regel auf eine offensive angebotsorientierte Politik setzen und mit den damit verbundenen Wachstumsproblemen zu kämpfen haben, z.B. Gewährleistung von leistbarem Wohnraum und öffentlicher Infrastruktur, sind periphere Regionen mit Schrumpfungprozessen konfrontiert, z.B. mit Abwanderung von Unternehmen und Bevölkerung oder sinkenden kommunalen Einnahmen, die den politischen Gestaltungsspielraum ebenfalls massiv einschränken.

Im internationalen Wettbewerb verfolgen Städte eine Strategie der „Unternehmerischen Stadt“, um in Konkurrenz zu anderen Städten, kapitalkräftige Unternehmen anzuziehen. Typische Elemente sind z.B. eine investitionsbegünstigende Wirtschaftspolitik, das Formieren von staatlich-privaten Entwicklungsallianzen oder großflächige Entwicklungsprojekte im Immobiliensektor. Auch das Propagieren weicher Standortfaktoren - wie Kultur, Geschichte, Schul- und Bildungswesen oder die Festivalisierung für konsumkräftige Schichten aus dem In- und Ausland, u.a. auch für die Tourismusindustrie - folgt einem grundsätzlichen Aufwertungsparadigma städtischer Entwicklung. In diesem Kontext ist die Attraktivierung öffentlicher Räume in zentralen Lagen oder an symbolisch bedeutsamen Orten entscheidend, um ein ästhetisch schönes und konfliktfreies Stadtbild über die Stadtgrenzen hinaus zu vermitteln. Sichtbare Armut und problematisiertes Verhalten, welche aufgrund zunehmender sozialer Ungleichheit stärker erkennbar werden, sollen durch intensiviertere gestalterische Maßnahmen sowie sicherheits- und ordnungspolitische Interventionen aus öffentlichen Räumen verdrängt werden und können sich häufig der Zustimmung großer Bevölkerungsgruppen versichern.

ABSCHNITT III – POTENZIALE, ARGUMENTE UND FORDERUNGEN

Aufwertungs-dynamiken regulieren – für leistbares Wohnen auch in zentralen Lagen

Aufwertungs-dynamiken und städtische Verdichtung haben Auswirkungen auf den öffentlichen Raum. Die Aufwertung von attraktiven, oft innerstädtischen Gebieten ist auf finanzstarke Unternehmen bzw. Personen sowie die Nachfrage von konsumkräftigen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. Eine Wohnraumbewirtschaftung, die sich am privaten Wohnungsmarkt und an qualitativem Wohnen für Wohlhabendere orientiert, geht häufig mit der Förderung von Eigentumswohnen sowie enormen Preissteigerungen im Mietwohnungssektor einher, während der soziale Wohnungsbau eingestellt, reduziert, privatisiert oder umdefiniert wird. Diese einseitige Aufwertungs-dynamik führt vielerorts dazu, dass sich Wohnen verteuert, Bewohner_innen aus ihren angestammten Quartieren in periphere Gebiete verdrängt werden und ihre ökonomische Basis sowie stützende soziale Netze geschwächt werden. Periphere Lagen sind für die Betroffenen häufig mit Nachteilen verbunden, wie höhere Mobilitätsanforderungen oder schlechtere infrastrukturelle Ausstattung. Gentrifizierungsprozesse verstärken soziale Spaltungs- und residentielle Segregationstendenzen, die es zu vermeiden gilt.

In wachsenden Städten finden häufig Verdichtungsprozesse in Quartieren statt, um u.a. der steigenden Nachfrage an Wohnraum zu begegnen. Zugleich bedeutet dichteres Wohnen höheren Nutzungsdruck und steigende Nutzungsfrequenzen sowie vielfältigere Aneignungsstrategien von Bewohner_innen, die Qualitäten von öffentlichem Raum beeinflussen können.

Soziale Arbeit betrachtet daher Entwicklungen am Wohnungsmarkt kritisch, die leistbares Wohnen in Städten für finanziell benachteiligte Gruppen gefährden. Insbesondere in innerstädtischen Nachverdichtungs- oder Aufwertungsgebieten gilt es, die zuvor existierende Sozialstruktur durch vielfältige politische Maßnahmen zu sichern, indem in entsprechendem Umfang leistbarer Wohnraum erhalten bleibt bzw. neu geschaffen wird. In verdichteten Wohngebieten bzw. Neubaugebieten sind entsprechende qualitätsvolle öffentliche Flächen zu schaffen und Schließungsprozesse zu verhindern. In peripheren Lagen hingegen muss eine qualitätsvolle Infrastruktur durch staatliche Investitionen gesichert und zugleich die Anbindung an die Zentren der Stadt gewährleistet werden.

Privatisierung und Kommerzialisierung begrenzen – für freien Zugang zu und Aufenthalt im öffentlichen Raum in zentralen Lagen

Politische Strategien und Vermarktungsinteressen einer „Unternehmerischen Stadt“ und kommerzielle Interessen von Unternehmen und Handel führen u.a. dazu, dass der öffentliche Raum von zunehmenden Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen betroffen ist. Insbesondere in zentralen Lagen verändern sich die Dominanzverhältnisse: Soziale Bedürfnisse, den öffentlichen Raum für den Alltag vielfältig zu gebrauchen, geraten mit profitorientierten, einflussreichen Interessen von Investor_innen, Unternehmen und kaufkräftigeren Bevölkerungsschichten in Konflikt. Meist werden Funktionen des öffentlichen Raums zugunsten dieser Gruppen umdefiniert und alltagsnahe, nichtkommerzielle soziale Nutzungen eingeschränkt bzw. ausgegrenzt.

Soziale Arbeit wendet sich gegen die Ausgrenzung von weniger konsumorientierten oder kaufkräftigen Bevölkerungsgruppen aus öffentlichen Räumen. Vielmehr fühlt sie sich verpflichtet die alltagsorientierte Aneignung Benachteiligter zu stärken und deren unterrepräsentierte Aufenthalts- und Nutzungsansprüche politisch zu vermitteln. Der öffentliche Raum ist existentiell für marginalisierte Menschen, die dort prekäres Leben bewältigen, aber auch für andere Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Betreuungspflichtige Erwachsene oder ältere Menschen bedeutsam, da dort soziale Begegnungen und Beziehungen ermöglicht und gesellschaftliche Teilhabe sichergestellt wird. Privatisierungstendenzen in öffentlichen Räumen, insbesondere in zentralen Lagen, gilt es zu kritisieren und stattdessen nichtkommerzielle Nutzungen an öffentlichen Orten und Plätzen abzusichern bzw. auszuweiten.

Sicherheits- und ordnungspolitische Ausschließung verhindern – für niederschwellige soziale Unterstützung von Menschen mit besonderen Ansprüchen

Sicherheits- und ordnungspolitische Maßnahmen intensivierten sich im letzten Jahrzehnt und zielen vorwiegend auf die Verhaltensnormierung und Ausgrenzung von Menschen in öffentlichen Räumen, die von Armut und Notlagen betroffen sind oder als von der Normalität abweichend problematisiert werden. Diese Gruppen werden öffentlich in vielfacher Weise als störende, gefährliche und moralisch verwerfliche Minderheiten problematisiert, die die Sicherheit und Ordnung großer Anspruchsgruppen, wie Anrainer_innen, Passant_innen oder Kund_innen, gefährden würden. Über diese Kopplung von sozialer Ausgrenzung mit Kriminalität werden in öffentlichen Räumen Sicherheitsprobleme konstruiert, eine Akzeptanz des Strafens produziert, die mittels sogenannter „kriminalpräventiver“

Maßnahmen zur Verdrängung, Vertreibung und Kriminalisierung vieler Adressat_innen Sozialer Arbeit führt.

Mit ihrem Fokus auf Unsicherheitsgefühle und Ängste wirken ordnungspolitische Maßnahmen auf ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ausgrenzend, da sie sich im Namen lokaler „Sicherheitspartnerschaften“ – im Zusammenspiel von Bevölkerungsgruppen, Politik und Exekutive – räumlich flexibel gegen diejenigen richten können, die als störend oder unerwünscht problematisiert werden, beispielsweise Gruppen von Jugendlichen, die sich draußen aufhalten. Die Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen ist als normierender Ansatz darauf ausgerichtet lediglich die Symptome sozialer Konflikte zu bearbeiten – gesellschaftliche Ursachen, wirtschaftliche und soziale Lebensbedingungen sowie damit zusammenhängende Verunsicherungen werden nicht thematisiert.

Soziale Arbeit wendet sich gegen ordnungspolitische Zugriffe auf Menschen in öffentlichen Räumen, die als abweichend problematisiert werden und sich meist in Armutssituationen oder psychosozialen Notlagen befinden. Stattdessen steht eine aufsuchende Soziale Arbeit in öffentlichen Räumen für eine akzeptanzorientierte, pädagogische und unterstützende Praxis, die Anerkennung bietet und vielfältige Hilfen niederschwellig vermittelt. Dabei gilt es, die Zugänglichkeit von problematisierten Gruppen zu öffentlichen Räumen zu sichern und Tendenzen, Armut und soziale Probleme unsichtbar zu machen, aktiv zu begegnen.

Repräsentationsdefizite abbauen – für Demokratisierung, politische Bildung und Minderheitenschutz

Der öffentliche Raum hat in demokratischen Gesellschaften auch die politische Funktion, dass die Heterogenität von Bevölkerung, die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und Interessen sowie ungleiche soziale Positionen und Lebenslagen öffentlich sichtbar und mit Blick auf ihre Hintergründe verstehbar werden. Aufgrund gegenwärtiger Transformationen sind dagegen Situationen und Lebensweisen von gesellschaftlich marginalisierten Akteur_innen oder wenig sichtbaren Personen bzw. Gruppen kaum thematisiert und in öffentlichen Diskursen unterrepräsentiert.

Die Beteiligung der Bevölkerung bei der Planung und Ausgestaltung öffentlicher Räume gilt in vielen Städten inzwischen als Leitstandard einer modernen Stadtplanung und Quartiersentwicklung, u.a. auch um die spätere Akzeptanz der baulichen Umgestaltung zu erhöhen. Dabei zeigen sich vielerorts Schwierigkeiten, z.B. das Delegieren von politischer Verantwortung, die Dominanz einflussreicher Akteur_innen, die mangelnde Repräsentation vielfältiger Bevölkerungskreise, sowie die fehlende Beteiligung marginalisierter und auf den öffentlichen Raum angewiesener Gruppen. In Folge dessen sind demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für viele Bevölkerungsgruppen eingeschränkt und ihre Aneignungsweisen und Nutzungsinteressen aus öffentlichen Räumen ausgeschlossen.

Soziale Arbeit begleitet Demokratisierungsprozesse bei der Planung und Umgestaltung von öffentlichen Räumen, stärkt Selbstorganisationsprozesse von Nutzer_innen und sichert die Teilhabe der Gruppen, die häufig als anders oder unerwünscht problematisiert werden. Im Sinne eines Minderheitenschutzes gilt es in den jeweiligen Partizipationsprozessen auch diejenigen zu adressieren, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht genügend gesehen oder gehört werden, um sie über methodisch vielfältige Zugänge zu stützen und um ihnen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte einzuräumen. Soziale Arbeit kann über das Ermöglichen und Begleiten dieser Aneignungs- und Aushandlungsprozesse gesellschaftliche Diversität und Ungleichheiten thematisieren und demokratiepolitische Lernprozesse anstoßen.